

GEMEINSAME ÖKUMENISCHE ERKLÄRUNG DER PRÄSIDIEN DES KIRCHENBUNDES UND DER SCHWEIZER BISCHOFSKONFERENZ

anlässlich der Reise der Vertreter beider Kirchen in den Libanon und des Aufrufes an die Kirchengemeinden, sich für die verfolgten Christen und Kriegsoffer im Nahen Osten einzusetzen.

RELIGIONSFREIHEIT - RESSOURCE FÜR DIE ZUKUNFT EINER MULTIKULTURELLEN GESELLSCHAFT

1. Mit geeinter Stimme rufen die reformierte und die römisch-katholische Kirche in der Schweiz zur Religionsfreiheit im Nahen Osten und der ganzen Welt auf. Die in den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils zur Religionsfreiheit und des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK)¹ angesprochenen Aspekte werden von den Kirchen der Schweiz vollumfänglich unterstützt.
2. Religionsfreiheit bedeutet, dass jeder Mensch das Recht haben muss, sein Leben in der Gesellschaft ohne Zwang nach seinen persönlichen und geistlichen Vorstellungen zu gestalten und seinen Überzeugungen Ausdruck zu verleihen, ohne Druck ausgesetzt zu sein. Religionsfreiheit fordert, dass alle Mitglieder der Religionsgemeinschaften ihr Leben organisieren und ihren Glauben ungehindert leben können, sofern sie dadurch nicht die öffentliche Ordnung gefährden. Dies beinhaltet auch das Recht zu konvertieren, ohne Repressalien befürchten zu müssen.
3. Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht, denn Religion ist ein wesentlicher Bestandteil des Menschseins. Im Sinne der Bibel wurde der Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen. Er lebt sein Mensch-Sein durch seine Beziehung zu anderen Menschen und zu Gott. Durch Jesus Christus hat Gott alle Menschen zu freien Menschen gemacht. Er hat sie von jeglicher Form der Sklaverei befreit, damit sie frei bleiben.
4. Religionen sind für das gesellschaftliche Leben unerlässlich, denn sie stellen einen wesentlichen Bestandteil des menschlichen Lebens dar und leisten einen Beitrag zur Schaffung von Werten, die für das Leben in einer Gesellschaft erforderlich sind. Diese Werte spielen eine wichtige Rolle in der demokratischen Debatte, auch wenn sie, wie alles im Leben, verfälscht, manipuliert oder instrumentalisiert werden können. Sie sind die Grundlage allen respektvollen, solidarischen, gerechtigkeitsorientierten und friedvollen Zusammenlebens. Die christlichen Werte des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung bieten entscheidende Perspektiven für den Aufbau einer Gesellschaft auf der Grundlage von Eintracht einer zukunftsorientierter Dynamik. Vergleichbare Werte finden sich auch im Kern anderer Religionen; dies ermöglicht ein friedvolles und respektvolles Miteinander.

¹ Zweiter Vatikanischer Konzil, Erklärung über die Religionsfreiheit, «Dignitatis humanae» vom 7.12.1965; Ökumenischer Rat der Kirchen/Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten, Dokument «Religious minorities and rights for religious freedom» vom 2.12.2011 (existiert nur in englischer Sprache).

5. Angesichts des täglichen, nicht anhaltenden Nachrichtenflusses und des grossen Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen stellen wir mit Bedauern fest, dass Menschenrechte und Religionsfreiheit in vielen Regionen der Welt missachtet werden. Dies gilt insbesondere für Syrien, den Irak und den Nahen Osten.

Terroristische Organisationen, die ausser ihrer Bezugnahme auf Religion mit dieser nichts gemein haben, massakrieren blindwütig, treten Rechte mit Füssen, vergewaltigen Frauen und zerstören das Weltkulturerbe.

Sie bedrohen all diejenigen, die sich nicht zu den so genannten Werten des radikalen Islamismus bekennen – gleichgültig, ob es sich um schiitische oder sunnitische Muslime oder um Angehörige anderer religiöser Minderheiten handelt. Dazu gehören auch Christen verschiedener Konfessionen, die eine wahrhaftige «religiöse Säuberung» erleiden, unter anderem weil sie angeblich die Werte des verabscheuten Westens verkörpern. Diese Christen leben jedoch bereits seit über 2000 Jahren dort, sie sind integraler Bestandteil der Kultur dieser Region. Sie sind Opfer sozialer, politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Diskriminierungen sowie religiöser Unterdrückung. Aus Angst vor Verfolgung und Ermordung sehen sich daher viele gezwungen, ins Exil zu gehen.

6. Gemeinsam mit den Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen und Papst Franziskus appellieren der Schweizerische Evangelische Kirchenbund und die Schweizer Bischofskonferenz an alle politischen und religiösen Institutionen sowie die lokalen und internationalen Organisationen, alles zu tun, um die Bürgerkriege und Verfolgungen zu beenden sowie die Achtung der Religionsfreiheit aller Gemeinschaften und Menschen sicherzustellen, so dass innerhalb der Nationen und zwischen den Nationen der Region ein dauerhafter religiöser Frieden geschaffen werden kann. Ohne Achtung der Religionsfreiheit ist dauerhafter Frieden nicht möglich. Ohne religiöse Dimension ist keine Gesellschaft eine wirklich menschliche Gesellschaft.

Die Unterzeichnenden appellieren an die Christen in der Schweiz und bitten sie um Mitgefühl für ihre Glaubensgenossen aus diesen Gebieten, die in einer dramatischen Situation leben und ebenso für alle Gläubigen, die sich in einer gefährvollen Lage befinden. Sie bitten um solidarische Grosszügigkeit, der über die verschiedenen angebotenen Möglichkeiten Ausdruck verliehen werden kann. Unserer säkularisierten Gesellschaft rufen sie in Erinnerung, dass die Religionsfreiheit ein grundlegendes Wahlrecht jedes Menschen ist und es ein Irrtum wäre, aufgrund der Beispiele aktueller terroristischer oder früherer extremistischer Gruppen schlusszufolgern, dass die Zugehörigkeit zu einer Religion nur verachtet, abgelehnt oder instrumentalisiert werden kann.

7. Vom Libanon aus, einem ausgeprägt pluralistischen Teil der Erde, einem Aufnahmeland von Millionen Flüchtlingen, vertrauen sich der Kirchenbund und die Bischofskonferenz Gott dem Schöpfer und Erlöser an. Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, sich für die Achtung der Religionsfreiheit einzusetzen, so dass die unterschiedlichen konfessionellen Ausrichtungen der Länder im Nahen Osten wieder dauerhaft in Frieden zusammenleben können. Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel.

Beirut, Bern / Freiburg, den 25. November 2015

Gottfried Locher
Ratspräsident Kirchenbund

Bischof Markus Büchel
Präsident der Schweizer Bischofskonferenz